

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 26. November 1973

Blatt 2241

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Stellungnahme Wiens zur vierten StVO-Novelle:
Beseitigung von Autowracks soll erleichtert werden
Kosmonaut Popowitsch im Wiener Rathaus
Gratz kündigt an: Errichtung eines
Informationsbüros im Rathaus

Lokal:

Alte Schülerfreifahrkarten werden ungültig
Polio-Impfaktion: Impfbeteiligung bisher mehr
als doppelt so stark wie im Vorjahr
Tagung der österreichischen Jugendamtspsychologen:
Kindesmißhandlung - ein soziales Problem

Kulturdienst:

"Literatur im Rathaus" mit Milo Dor,
Friederike Mayröcker und Erich Dolezal

Chef vom Dienst 42 800/Durchwahl 2971

k o m m u n a l :

=====

stellungnahme wiens zur vierten stvo-novelle:

beseitigung von autowracks soll erleichtert werden

1 wien, 26.11. (rk) die beseitigung von autowracks und auf verkehrsflaechen abgestellten kennzeichenlosen kraftfahrzeugen soll den gemeinden leichter gemacht werden. dies ist einer der vorschlaege des landes wien zum entwurf der vierten strassenverkehrsordnungs-novelle. in der stellungnahme wird vorgeschlagen, durch einen ergaenzenden satz in der novelle das verfahren zur entfernung von autowracks erheblich abzukuerzen: das abstellen von kraftfahrzeugen ohne kennzeichen auf verkehrsflaechen soll nach den vorstellungen wiens als verzicht des besitzers gewertet werden.

dies gaebe die moeglichkeit, autowracks rasch abzuschleppen, ohne vorher in oft muehevollen und langwierigen recherchen den besitzer des wracks eruieren zu muessen. der besitzer des wracks koennte - falls diese ergaenzung in die novelle aufgenommen wird - nach dem abschleppen ausgeforscht werden.

die ergaenzung sollte woertlich heissen: ''bei kraftfahrzeugen und anhaengern, die ohne polizeiliche kennzeichen und ohne bewilligung aufgestellt sind, ist zu vermuten, dass sich der inhaber des kraftfahrzeuges entledigen wollte.''

das bundesland wien weist in seiner stellungnahme darauf hin, dass die autowracks in der stadt zu einem echten problem geworden sind. allein in wien werden jaehrlich rund sechstausend kraftfahrzeuge abgeschleppt.

im entwurf der novelle wird den gemeinden das recht eingeraeumt, hindernisse auf den von der gemeinde verwalteten verkehrsflaechen selbst zu beseitigen. die novellierung, die sich fast ausschliesslich auf dieses thema bezieht, wurde durch ein erkenntnis des verfassungsgerichtshofes notwendig.

zahlreiche, in der letzten zeit diskutierte aenderungen der verkehrsordnung - beispielsweise vorrang fuer autobusse, die von

./.

den haltestellen wegfahren, gegenueber dem individualverkehr - blieben im entwurf der novelle unberuecksichtigt. auch die forderung wiens, in wohngebieten das abstellen von tankfahrzeugen und -anhaengern zu verbieten, verschiedene verkehrsbeschraenkungen fuer tankfahrzeuge zu erlassen und mehr - sind im entwurf nicht enthalten.

das bundesland wien bittet in seiner stellungnahme ueberdies dringend, die zustaendigkeitsaenderung bezueglich der bestellung und vereidigung der strassenaufsichtsorgane bereits in diese novelle aufzunehmen. die strassenaufsichtsbehoerde soll kuenftig das recht erhalten, ihre organe selbst zu bestellen. diese regelung ist fuer wien vor allem im hinblick auf die ueberwachung der einhaltung von parkvorschriften von grosser bedeutung.

0901

k o m m u n a l :

=====

kosmonaut popowitsch im wiener rathaus

5 wien, 26.11. (rk) eine delegation unter der fuehrung des stellvertretenden kulturministers der udssr, wasilij kucharski, wurde montag vormittag von vizebuergermeister gertrude froehlich-sandner im roten salon des rathauses empfangen und in wien willkommen geheissen. die sowjetische delegation, der auch der kosmonaut pawel popowitsch angehört, kam anlaesslich der jahresversammlung der oesterreichisch-sowjetischen gesellschaft in die bundeshauptstadt. sowohl minister kucharski als auch kosmonaut popowitsch sind vizepraesidenten der schwesternorganisation 'sowjetisch-oesterreichische gesellschaft'.

in ihrer begruessung wies vizebuergermeister froehlich-sandner auf die guten kulturellen beziehungen zwischen wien und der sowjetunion hin. das komme in der beteiligung sowjetischer kuenstler an den wiener festwochen und in den gegenbesuchen von wiener kulturinstitutionen in der sowjetunion zum ausdruck.

1232

L o k a l :

=====

alte schuelerfreifahrkarten werden ungueltig

2 wien, 26.11. (rk) wegen der gewerkschaftsaktion der lehrer am ende des vergangenen schuljahres konnten die neuen schuelerfreifahrkarten der wiener verkehrsbetriebe nicht rechtzeitig ausgegeben werden. die gueltigkeit der alten karten wurde deshalb verlaengert, damit den schuelern kein nachteil entsteht. nun ist die ausgabeaktion abgeschlossen. ab samstag, 1. dezember werden die alten karten deshalb ungueltig. auch die am beginn des schuljahres ausgestellten provisorischen karten (mit dem vermerk ''gueltig vom 3.9.1973 bis auf widerruf'') werden ungueltig. ab 1. dezember gelten nur mehr die fuer das schuljahr 1973/74 ausgestellten karten.

0903

L o k a l :

=====

polio-impfaktion:

impfbeteiligung bisher mehr als doppelt so
stark wie im vorjahr

4 wien, 26.11. (rk) der appell der gesundheitsbehoerden an die wiener bevoelkerung, sich im interesse der eigenen gesundheit an der vor einer woche begonnenen polio-impfaktion zu beteiligen, hat erfolg gehabt. insgesamt wurden bisher bereits 18.606 impfungen - 8.718 erstimpfungen und 9.888 dritte teilimpfungen - durchgefuehrt. dies ist mehr als doppelt so viel wie um die gleiche zeit im vorjahr. damals wurden nach einer woche 8.136 geimpfte registriert.

das gesundheitsamt erinnert in diesem zusammenhang daran, dass noch bis 1. dezember 1973 (erste teilimpfung) geimpft wird und zwar in allen gesundheitsaemtern, mutterberatungsstellen sowie in den kinderambulatorien der wiener gebietskrankenkasse.

impftage in den bezirksgesundheitsaemtern sind montag, dienstag und freitag von 8.30 bis 11.30 uhr sowie mittwoch von 13 bis 15 uhr.

am kommenden samstag stehen in der zeit von 9 bis 11 uhr folgende bezirksgesundheitsaemter fuer schluckimpfungen zur verfuegung: 2, karmelitergasse 9, 10, laxenburger strasse 43-45, 13, hietzinger kai 1 und 18, waehringer strasse 124. die zweite teilimpfung wird vom 4. bis 17. februar 1974 durchgefuehrt werden.

1106

k o m m u n a l :

=====

gratz kuendigt an: errichtung eines informationsbueros im rathaus

6 wien, 26.11. (rk) die errichtung eines informationsbueros im rathaus kuendigte buergermeister leopold g r a t z montag in einer pressekonferenz im presseclub concordia an. ueber dieses buero, das in zwei bis drei wochen bereits funktionieren soll, koennen die gemeinderatsklubs der im rathaus vertretenen parteien saemtliche gewu nschte informationen anfordern. ausserdem werden die klubs der spoe, oevp und fpoe je ein buero im rathaus erhalten, wobei das noetige personal von der gemeindeverwaltung zur verfuegung gestellt wird. damit soll fuer alle parteien das gleiche informationsniveau hergestellt werden. darueber hinaus soll im gemeinderat - wie schon angekuendigt - eine fragestunde eingefuehrt werden.

in der pressekonferenz stellte der buergermeister auch die neuen amtsfuehrenden stadtraete vor, die zum erstenmal ausschliesslich von der spoe gestellt werden. in diesem zusammenhang betonte gratz jedoch neuerlich, dass deshalb nicht die zusammenarbeit beendet sei. zu ende gehe nur die bisherige 'formal-koalition'. er, gratz, erwarte sich dadurch eine staerkere profilierung und ein verstaerktes engagement der wiener an der politik.

keine tariferhoehungen, aber biersteuer

der buergermeister und die mitglieder des stadtsenates beantworteten dann eine reihe von fragen der journalisten. es sei derzeit nicht daran gedacht, gebuehren und tarife zu erhoehen, unter der voraussetzung, dass nicht exorbitante kostensteigerungen eintreten. dazu stadtwerke-stadtrat n e k u l a : vor fuenf jahren habe man begonnen, den 'tarifdschungel' bei den verkehrsbetrieben auszuraeumen und habe die tarife von 112 auf 39 reduziert. bei der weiteren rationalisierung der verkehrsbetriebe werde auch eine neuerliche reduzierung der tarifarten in aussicht genommen.

nach steuererhoehungen befragt, sagte gratz, man werde von der vereinbarung im zusammenhang mit dem finanzausgleich gebrauch

machen, das bier der getraenkeststeuer zu unterwerfen. wien koenne auf die daraus zu erwartenden einnahmen von 130 millionen schilling nicht verzichten.

kommunaler wohnbau wird fortgesetzt

vizebuergenmeister und wohnungsstadtrat hubert p f o c h unterstrich nachdruecklich die feste absicht der stadt wien, den kommunalen wohnbau mit 5.000 wohnungen jaehrlich weiter fortzusetzen und darueber hinaus jaehrlich 5.000 bis 7.000 gemeinnuetzige wohnungen zu foerdern. es sei jedoch derzeit nicht daran gedacht, gemeindewohnungen in das eigentum der mieter zu uebergeben. grossen wert lege wien auf geeignete bundesgesetze, die es moeglich machen, boden und baugrund zu ertraeglichen bedingungen zu erwerben.

umweltschutz: vernueftiges mittelmass

auf fragen des umweltschutzes angesprochen, erklaerte stadtrat peter s c h i e d e r, es gelte hier ein vernuenftige mittel-mass zwischen dem extremen umweltschutz und den erfodernissen des staedtischen lebens zu finden. er werde in seinem bereich vor allem die notwendigen gesetzlichen voraussetzungen fuer den umweltschutz zu schaffen haben und auf eine mitsprache wiens bei diesbeueglichen gesetzen auf bundesebene dringen. ein grosses aufgabengebiet sei es, im zusammenhang mit dem umweltschutz die bevoelkerung zu informieren, die probleme bewusst zu machen und das verstaendnis fuer loesungsmoeglichkeiten zu finden. in wenigen wochen werde dem wiener gemeinderat ein wiener umweltbericht vorliegen, der die derzeitige situation darlege.

zur zweiten flughafenpiste erklaerte der buergermeister, die neuerliche pruefung konzentriere sich auf die frage, um welchen prozentsatz sich die wirtschaftlichkeit bei einer verschwenkung der piste verringere. wenn durch eine verschwenkte piste (01/19) kein entlastungseffekt eintrete, dann muesse man wohl auf die technisch bessere loesung der piste 16/34 zurueckkommen.

weihnachtsbeleuchtung bleibt

durch die nichteinschaltung der weihnachtsbeleuchtung in den wiener geschaeftsstrassen ergaebe sich, wie gratz betonte, keine

stromersparnis, sondern nur ein einnahmenentfall fuer die e-werke. dies deshalb, weil die weihnachtsbeleuchtung mit der zeit der abschaltung der industrie beginnt und vor der einschaltung der nachtstromheizungen endet.

erste ganztagschule 1974/75

das erste modell einer ganztagschule soll im schuljahr 1974/75 erprobt werden, kuendigte vizebuergemeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r an. spaeter wolle man ein netz solcher ganztagschulen ueber die ganze stadt breiten. wir haben in wien bereits heimschulen, die die grundlage fuer eine ganztagschule bilden. es gelte nun, die notwendige paedagogische umstruktuirung vorzunehmen. von planerischer und bautechnischer seite sei in diesem zusammenhang, wie vizebuergemeister p f o c h betonte, bereits alle vorkehrungen getroffen, um mit geringen umbaukosten die notwendigen raeume zu schaffen.

mittelfristige finanzplanung

finanzstadtrat h a n s m a y r kuendigte an, dass die finanzverwaltung bereits intensiv an der aufstellung einer mittelfristigen finanzplanung arbeite. das problem liege darin: je laenger der voraussagezeitraum sei, desto unsicherer werden die prognosen. er wolle daher die finanzplanung gleitend immer auf fuenf jahre voraus erstellen, wobei staendig korrekturen vorgenommen werden.

auf weitere fragen erklaerte gratz neuerlich, dass er bei der uno-city immer fuer die loesung mit dem konferenzzentrum eingetreten sei, und zwar aus wirtschaftlichen gruenden aber auch wegen der chance, die stellung wiens aus seiner randlage wieder in den zentralraum europa zu ruecken. ueber einen entwicklungsplan fuer hochschulen in wien werde er demnaechst mit frau minister dr. firnberg sprechen. er bekenne sich zur wahlreform, wie er schon wiederholt ausgefuehrt habe, doch halte er zu kleine gruppen in der repraesentativen demokratie nicht fuer vertretbar. er werde daher weiterhin fuer eine fuenf-prozent-klausel eintreten.

donauinsel: die technische durchfuehrbarkeit sei unbestritten. es werde daher nun geprueft, ob die hoeheren kosten durch nicht

messbare vorteile aufgehoben werden. was die gestaltung der kuenftigen insel betreffe, so sei er gegen eine realteilung mit dem bund. er trete vielmehr fuer ein gemeinsam geplantes gesamtprojekt ein.

der neue gesundheitsstadtrat dr. s t a c h e r wurde auf die fernsehsendung ''in eigener sache'' am sonntag angesprochen, in der eine heftige attacke gegen die mangelnde betreuung der alten menschen geritten worden war. es sei kein zweifel, betonte dr. stacher, dass wir fuer unsere alten leute medizinisch und pflegerisch mehr tun muessen. deshalb bestehe ja auch der plan, grosse spitalsgruppen zu schaffen. er bitte jedoch um verstaendnis, dass er nun zunaechst einmal die diagnose stellen muesse, um dann geeignete massnahmen durchfuehren zu koennen.

die ersten amtseinfuehrungen

wie ernst es buergermeister gratz ist, moeglichst rasch mit der arbeit zu beginnen, ist daraus zu ersehen, dass bereits montag, am erstmoeglichen tag nach der konstituierung des wiener stadt-senats, die amtseinfuehrung von vier der acht amtsfuehrenden stadt-raete (univ.-dozent dr. alois stacher, franz nekula, peter schieder und hans mayr) stattfand.

L o k a l :

=====

tagung der oesterreichischen jugendamtpsychologen:

 kindermisshandlung - ein soziales problem

8 wien, 26.11. (rk) im rathaus begann montag eine dreitaegige arbeitstagung der oesterreichischen jugendamtpsychologen. schwerpunkte der diesjaehrigen tagung - sie wurde von vizebuergemeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r in anwesenheit von vertretern oeffentlicher und privater institutionen eroeffnet - sind das immer wieder aktuelle thema der kindesmisshandlung sowie probleme der familienplanung.

 in einleitenden referaten berichteten dr. hermine k o l l e r vom psychologischen dienst der stadt wien und senatsrat dr. anna v e r i c h vom wiener jugendamt aus der bisherigen arbeit des jugendamtes auf diesem gebiet.

 so musste das jugendamt der stadt wien allein im jahr 1972 bei 112 kindesmisshandlungen intervenieren. der grossteil der kinder stammten dabei aus sogenannten milieugeschaedigten familien - sie waren entweder unehelich geboren, die eltern waren geschieden oder der vater war alkoholiker. bei den taetern handelte es sich zumeist um mehr oder minder schwer neurotisch beziehungsweise psychopathisch veranlagte personen, die den kindern in ueberschreitung ihres zuechtigungsrechtes leichte, mittlere aber auch schwere verletzungen zufuegten.

 sehr haeufig waren diese personen - sie stammten auch berufsmaessig aus einem niedrigen niveau - auch bereits einschlaegig vorbestraft.

 in der anschliessenden diskussion wurde von den teilnehmern einstimmig die meinung vertreten, dass es sich beim delikt der kindesmisshandlung eher um ein soziales problem als um ein kriminologisches handelt. vielfach wurde auch die forderung nach verstaerkten spzialpolitischen massnahmen erhoben, die jedoch nur begleitende massnahmen sein koennten. dementsprechend sei auch die forderung nach strafverschaeferung keine loesung.